

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	4. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2010/004)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 27.01.2010
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 23:10 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Büter, Felix

CDU

Bohmert, Heinrich

Ellerkamp, Martin

ab TOP 5.3 öffentliche Sitzung

Enning-Harmann, Rudolf

Enste, Margarete

Gerwing, Hermann Josef

bis TOP 11 öffentliche Sitzung

Große-Berg, Franz-Josef

Kreuziger, Petra

Lefert, Heinrich

Levi, Birgit

Mensing, Peter

Pomberg, Winfried

Reehuis, Markus

Schmeing, Aloys

Terbrack, Karl Heinz

Terhalle, Josef

Vortkamp, Thomas

Wantia, Beatrix

Witte, Josef

Wittenbrink, Thomas

Woltering, Maria

SPD

Dönnebrink, Andreas

Fischer, Mathilde

Gerick, Alfons

Haveresch, Reinhard

Heitmann, Helene
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus

UWG

Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Kersting, Hubert
Lange-Röttger, Annette
Ruwe, Felix
Schulte, Renate

FDP

Gottheil, Christiane
Horst, Reinhard

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar
Löhring, Klaus

DIE LINKE

Müller, Horst

WGW

Frankemölle, Norbert
Haveloh, Hermann Josef

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Büscher, Hermann
Kühlkamp, Hermann
Leuker, Werner
Rose, Norbert
Tacke, Michael

es fehlen entschuldigt:

CDU

Benölken, Franz

FDP

Klein, Wolfgang

Aus Anlass des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert Bürgermeister Büter vor Einstieg in die Tagesordnung an die Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft weltweit, aber auch hier in Ahaus, entrechtet, verfolgt, gequält

und ermordet wurden und bitte alle Anwesenden, sich zum stillen Gedenken kurz von den Plätzen zu erheben.

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 15. Dezember 2009
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Bürgeranträge gem. § 24 GO NRW
- 3.1 Bescheinigung des Service-Punktes ARBEIT zur Vorlage bei der GEZ -Bürgerantrag des Ortsverbandes DIE LINKE vom 04.01.2010
- 4 Einbringung des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010
- 5 Bauleitplanung
- 5.1 Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in Ottenstein;
Beschluss über die weitere Vorgehensweise
- 5.2 Veränderungssperre Nr. 24 - Textilstraße -;
Satzungsbeschluss
- 5.3 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 13 Teil 7 - Bahnhof Ahaus -
Aufstellungsbeschluss
- 6 Sonderhaushalt der "Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus" für das Haushaltsjahr 2010
- 7 Straßenname in Wessum
- 8 Sachstandsbericht "Region in der Balance / Allianz für die Fläche"
- 9 Abschlussbericht zur "Durchführung von Dorfentwicklungskonzepten in den fünf Ahauser Ortslagen"
- 10 Entscheidung über den Abbruch des Schornsteins der ehemaligen Zündholzfabrik

- 11 Wahl von Ausschussmitgliedern für den Wasser- und Bodenverband "Unteres Berkelgebiet"
- 12 Energiebericht 2008
- 13 Antrag der SPD-Fraktion
- 13.1 Sachstandsbericht zum Mensa-Betrieb an der Franziskus-Hauptschule und Realschule im Vestert
Antrag vom 13.01.2010
- Berichterstattung in der Sitzung
- 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 14.1 Behindertenpolitischer Teilhabeplan für Ahaus
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 14.2 Straßenbeleuchtung am Ottensteiner Weg, Unterortwick, Aa-Umflut

A. Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 15. Dezember 2009

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) bittet um eine inhaltliche Korrektur zum Tagesordnungspunkt 7 der öffentlichen Sitzung

Gegen die Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Rates am 15. Dezember 2009 in der geänderten Fassung erhebt sich kein Widerspruch.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

3 Bürgeranträge gem. § 24 GO NRW

3.1 Bescheinigung des Service-Punktes ARBEIT zur Vorlage bei der GEZ -Bürgerantrag des Ortsverbandes DIE LINKE vom 04.01.2010 V/2010/0080

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert ergänzend zur Beratungsvorlage, dass die Verwaltung über den Kreis Borken am Vortag ein Schreiben des Deutsche Landkreistages erhalten habe, wonach nun auch den Optionskommunen ein vereinfachtes Verfahren zur Bearbeitung

von Anträgen zur Rundfunkgebührenbefreiung, wie bereits zwischen der Gebühreneinzugszentrale und der Bundesagentur für Arbeit abgestimmt, angeboten werde. Der Kreis Borken habe zugesagt, das neue Verfahren schnellstmöglich in den Kommunen umzusetzen.

Bürgermeister Büter schlägt daher vor, über den vorliegenden Beschlussentwurf nicht abzustimmen und die Erledigung des Antragsbegehrens zur Kenntnis zu nehmen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Einbringung des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010

V/2010/0066

Der vom Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 wird dem Rat vorgelegt. Bevor der Erste Beigeordnete und Kämmerer Althoff den vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2010 erläutert, gibt Bürgermeister Büter dem Rat eine Einschätzung der jetzigen und zukünftigen finanziellen Situation der Stadt. Er weist auf die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen hohen Einnahmeausfälle und der damit verbundenen, sehr belastenden Entwicklung für die kommunalen Haushalte hin. Deshalb bittet er alle Fraktionen, auch bei unterschiedlichen Auffassungen nach einem gemeinsamen Weg zu suchen, um die finanziellen Rahmenbedingungen für dieses schwierige Jahr auf stabile Füße zu stellen.

Nach den ausführlichen Erläuterungen der haushalts- und finanzwirtschaftlichen Situation durch den Kämmerer Althoff wird der eingebrachte Haushaltsplan ohne Diskussion zur weiteren Beratung an den Haupt- Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Der Rat nimmt den gemäß § 80 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 entgegen und verweist ihn zur Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

5 Bauleitplanung

5.1 Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in Ottenstein; Beschluss über die weitere Vorgehensweise

V/2009/1010/2

Bürgermeister Büter erläutert, dass die Bezirksregierung Münster ihre bisherige Rechtsauffassung, wonach das Vorhaben trotz der Unterschreitung der Größe von 800 qm Verkaufsfläche als großflächig anzusehen sei, geändert habe. Eine entsprechende Mitteilung sei am Tag vor der Ratssitzung eingegangen und liege dem Rat als Tischvorlage vor. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr habe in seiner Sitzung am Vortag über diese veränderte rechtliche Bewertung beraten und dem Rat einstimmig empfohlen, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und nach einer erforderlichen Neubewertung des Sachverhaltes in der folgenden Ratssitzung zu beraten und zu beschließen. Bürgermeister Büter lässt hierüber abstimmen.

Der Rat beschließt, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung abzusetzen und in der nachfolgenden Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

5.2 Veränderungssperre Nr. 24 - Textilstraße -; Satzungsbeschluss

V/2010/0068

Technischer Beigeordneter Tacke erläutert, dass die Frist für die Zurückstellung der vorliegenden Bauvoranfrage der Familie Decker auf Errichtung eines Verbrauchermarktes an der Textilstraße am 10. März 2010 ablaufe, die nächste Ratssitzung jedoch erst am 17. März 2010 geplant sei. Der Fristablauf mache jedoch grundsätzlich eine vorherige Beratung und Beschlussfassung erforderlich.

Nach der Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen sei die Verwaltung der Auffassung, dass der Beschluss einer Veränderungssperre in der heutigen Sitzung ratsam sei. Hiermit werde die Voraussetzung geschaffen, eine Entscheidung über den Sachverhalt nach dem Fristablauf bis zur nächsten Ratssitzung zu ermöglichen, um nochmals intensiv und ergebnisoffen über den veränderten Sachverhalt beraten zu können. Der Rat könne dann in seiner folgenden Sitzung am 17. März 2010 endgültig über den Standort des Verbrauchermarktes in Ottenstein entscheiden und abhängig hiervon die Veränderungssperre weiterhin bestehen lassen oder aber aufheben.

Technischer Beigeordneter Tacke weist ferner darauf hin, dass die Bezirksregierung zwar ihre Rechtsauffassung geändert habe, dennoch die Auffassung des Gutachterbüros Junker und Kruse, dass eine Ansiedlung des Lebensmittelmarktes an der Textilstraße Auswirkungen nach sich ziehen könnte, die denen in § 11 Abs. 3 Satz 2 Baunutzungsverordnung aufgeführten Auswirkungen entsprechen, teile. Insbesondere werde nochmals auf mögliche schädliche Auswirkungen auf den zentralen Versorgungsbereich Ortsteilzentrum Ottenstein hingewiesen.

Nach einer intensiven Beratung beschließt der Rat folgende Veränderungssperre:

Satzung der Stadt Ahaus über die Veränderungssperre Nr. 24 - Textilstraße - vom

Aufgrund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuchs (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. S. 3018) i. V. m. den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 380) hat der Rat der Stadt Ahaus am folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

§ 1 (Räumlicher Geltungsbereich)

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst die Grundstücke Gemarkung Ottenstein Flur 11 Flurstück 153.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs sind in dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan, der Bestandteil dieser Veränderungssperre ist, dargestellt.

§ 2 (Rechtswirkung der Veränderungssperre)

- (1) Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
 1. Vorhaben i. S. des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
- (2) Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.
- (3) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 3

(Inkrafttreten und Geltungsdauer der Veränderungssperre)

Die Veränderungssperre tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt außer Kraft, sobald und soweit für ihren Geltungsbereich ein Bebauungsplan in Kraft tritt, spätestens jedoch nach Ablauf von zwei Jahren. Auf die Zweijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuchs nach § 15 BauGB abgelaufene Zeitraum anzurechnen.

Anlage:

Übersichtsplan zu § 1 – räumlicher Geltungsbereich (ohne Maßstab) – s. Anlage 1 zur Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

- 31 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

5.3 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 13 Teil 7 - Bahnhof Ahaus - Aufstellungsbeschluss

V/2010/0067

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

Der Bebauungsplan Nr. 13 Teil 7 – Bahnhof Ahaus – wird aufgestellt. Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs sind in dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

- 32 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt nachfolgenden Sonderhaushalt der „Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus“ für das Haushaltsjahr 2010:

Aufgrund der §§ 78 ff. und des § 97 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 380), hat der Rat der Stadt Ahaus am 27.01.2010 folgenden Beschluss gefasst:

Der Sonderhaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010, der die für die Erfüllung der Aufgaben der "Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus" voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf 84.000 EUR

Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 154.500 EUR

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 57.000 EUR

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 154.500 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

festgesetzt.

Das Defizit im Ergebnisplan in Höhe von 70.500 Euro wird durch Inanspruchnahme der Deckungsrücklage ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

- 39 Ja-Stimmen
- 2 Nein-Stimmen

Der Rat beschließt für den Stichweg zur Goosestegge im Baugebiet Südstraße den Straßennamen „Feldkamp“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Bürgermeister Büter begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Diplom-Geografin Hiltrud Péron vom Büro des Landrates des Kreises Borken. Frau Péron erläutert anhand einer Präsentation den Aufbau eines Regionalen Flächenmanagements im Kreis Borken sowie in den Pilotkommunen Ahaus und Raesfeld. Da in den zurückliegenden Jahren im Kreis Borken täglich etwa 15 Hektar Fläche für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen beansprucht wurden und die demografische Entwicklung auch im Kreis Borken Veränderungen hervorruft, sei es erforderlich, den Flächenverbrauch nachhaltig zu begrenzen. Hierzu wollen der Kreis Borken, die Stadt Ahaus und die Gemeinde Raesfeld zunächst ein Handlungskonzept erstellen. Dieser Prozess werde wissenschaftlich begleitet. Es gehe bei diesem Prozess auch um die intelligente Verknüpfung und Koordinierung verschiedenster Beteiligter und Einflussparameter.

Im Anschluss beantwortet Frau Péron Fragen der Ratsmitglieder.

Der Sachstandsbericht der Verwaltung über den Aufbau eines nachhaltigen regionalen Flächenmanagements im Kreis Borken sowie der Gemeinde Raesfeld und der Stadt Ahaus im Rahmen des Projektes „Region in der Balance - Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken“ wird zur Kenntnis genommen.

9 Abschlussbericht zur "Durchführung von Dorfentwicklungskonzepten in den fünf Ahauser Ortslagen"

V/2010/0060

Bürgermeister Büter begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Frank Bröckling vom Büro planinvent – Büro für räumliche Planung aus Münster und macht deutlich, dass die Phase der Bestandserhebung und Ideensammlung nun abgeschlossen sei. Damit sei aber keineswegs der Prozess beendet. Im Rahmen der Umsetzung habe man sich auf eine zeitliche Phase bis zum Jahr 2025 verständigt.

Dr. Bröckling erläutert anschließend anhand einer Präsentation die erzielten Ergebnisse der Entwicklungskonzepte in den einzelnen Ortsteilen. Beeindruckt habe ihn die Ideenvielfalt und das Engagement in den einzelnen Ortsteilen. Technischer Beigeordneter Tacke weist darauf hin, dass die einzelnen Konzepte auf der Internetseite der Stadt Ahaus veröffentlicht seien.

Damit die weiteren Schritte in der nun folgenden Umsetzungsphase ohne große zeitliche Verzögerung erfolgen können, wird die Verwaltung auf Vorschlag der Bürgermeisters in den einzelnen Ortsteilen erfragen, welche Akteure sich weiterhin beim Dorfentwicklungsprozess beteiligen möchten und entsprechende Namenslisten erstellen.

Der Rat der Stadt Ahaus nimmt die Dorfentwicklungskonzepte für die fünf Ahauser Ortslagen zur Kenntnis.

10 Entscheidung über den Abbruch des Schornsteins der ehemaligen Zündholzfabrik

V/2010/0065

In der Beratung wird mehrfach auf die Bedeutung des Schornsteins als Symbol für die Ahauser Industriegeschichte hingewiesen. Allerdings sei ein Denkmalschutzwert, insbesondere wegen der hohen Erhaltungs- und Unterhaltungskosten, übereinstimmend nicht gegeben. Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) regt an, statt dessen auf dem neu angelegten Weg entlang der Ahauser Aa zwischen den Straßen Hovesaat und van Delden-Straße die Industriegeschichte dieser Stadt auf Schautafeln oder auf sonstige Weise darzustellen und zu erläutern und bittet die Verwaltung, hierfür Vorschläge auszuarbeiten und vorzulegen.

Bürgermeister Büter erläutert ergänzend, dass sich einige Mitglieder des Heimatvereins Ahaus mit dem Abriss des Schornsteines sehr schwer tun würden. Der Schornstein allein erfülle aber, auch nach Ansicht des Heimatvereins, nicht den ihm zugeordneten Zweck. Viel-

mehr müsste, so Bürgermeister Büter, neben der aufwendigen Instandsetzung des Schornsteines in unmittelbarer Nähe ein Grundstück für eine mögliche ständige Ausstellung ange-dacht werden. Damit ergäbe sich jedoch ein potenziertes Kostenaufwand, der im Ergebnis zu der vorgelegten Beschlussempfehlung geführt habe. Er spreche sich jedoch dafür aus, den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Dönnebrink (SPD-Fraktion) in den Beschluss aufzu-nehmen. Verwaltungsvorstand Kühlkamp ergänzt, dass auch der Heimatverein diesen Vor-schlag mit großem Interesse aufnehmen werde.

Ratsmitglied Homann (UWG-Fraktion) weist darauf hin, dass bereits der Abriss des alten Wasserturms ein Fehler gewesen sei. Deshalb setze er sich für den Erhalt des Schornsteins ein.

Bürgermeister Büter schlägt folgenden ergänzten Beschluss vor:

1. Der Rat der Stadt Ahaus beschließt, den Schornstein auf dem Gelände des ehemali-gen Zündholzwerkes im Zuge der Gesamtabbrucharbeiten zu beseitigen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig, in Zusammenarbeit mit dem Heimat-verein Ahaus ein Konzept für die Darstellung der Industriegeschichte der Stadt Ahaus zu erarbeiten. Für eine Realisierung soll der neu geschaffene Weg entlang der Ahau-ser Aa zwischen der Hofmate und der van Delden-Straße als möglicher Standort ge-prüft werden.

Ratsherr Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt eine getrennte Abstimmung über die beiden Beschlusspunkte. Hierüber lässt Bürgermeister Büter zunächst abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 2 Ja-Stimmen
- 39 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Rat fasst anschließend folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Ahaus beschließt, den Schornstein auf dem Gelände des ehemali-gen Zündholzwerkes im Zuge der Gesamtabbrucharbeiten zu beseitigen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung gleichzeitig, in Zusammenarbeit mit dem Heimat-verein Ahaus ein Konzept für die Darstellung der Industriegeschichte der Stadt Ahaus zu erarbeiten. Für eine Realisierung soll der neu geschaffene Weg entlang der Ahau-ser Aa zwischen der Hofmate und der van Delden-Straße als möglicher Standort ge-prüft werden.

Abstimmungsergebnis:

- 37 Ja-Stimmen
- 2 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

11 Wahl von Ausschussmitgliedern für den Wasser- und Bodenverband "Unteres Berkelgebiet"

V/2009/0056

Der Rat der Stadt Ahaus bestimmt für die Gruppe der Städte und Gemeinden im seitlichen Einzugsgebiet der zum Verbandsgebiet des Wasser- und Bodenverbandes „Unteres Berkelgebiet“, gehörenden Gewässer (Gruppe C) Herrn Hubert Vöcker, Hörsteloe 4, 48683 Ahaus, als ordentliches Mitglied und Herrn Alois Voß, Hörsteloe 30, 48683 Ahaus, als Stellvertreter und beschließt die Entsendung in den Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverban-

des „Unteres Berkelgebiet“ für die Amtszeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

12 Energiebericht 2008

V/2010/0073

Technischer Beigeordneter Tacke erläutert, dass der Gesamtenergieverbrauch bereits spürbar gesenkt werden konnte. Dies liege einerseits an vielfältigen Verbesserungen in der Bausubstanz, der Anlagentechnik, und der Regeltechnik, andererseits aber auch am geänderten Nutzerverhalten. Gegenläufige Veränderungen seien aber auch durch eine zeitintensivere Nutzung einzelner Gebäude unumgänglich, so zum Beispiel die Offenen Ganztagschulen in den Grundschulen.

Nach kurzer Beratung empfiehlt der Rat, zukünftige Energieberichte zunächst im Fachausschuss vorzustellen, damit dort eine intensivere Beratung erfolgen könne.

Der Rat der Stadt Ahaus nimmt den Energiebericht 2008 zur Kenntnis.

13 Antrag der SPD-Fraktion

13.1 Sachstandsbericht zum Mensa-Betrieb an der Franziskus-Hauptschule und Realschule im Vestert Antrag vom 13.01.2010 - Berichterstattung in der Sitzung

Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) begründet den Antrag ihrer Fraktion mit der Sorge, dass die mit einem hohen finanziellen Aufwand erstellte Mensa aufgrund verschiedener Entwicklungen nicht optimal ausgelastet werde. Nach ihrem Kenntnisstand nehme nur noch etwa die Hälfte der Schüler/innen der Franziskusschule eine Mahlzeit in der Mensa ein.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp räumt ein, dass es in der Umsetzung gewisse Schwierigkeiten gebe. Während bis zum Herbst 2009 an der Franziskusschule täglich ca. 200 bis 250 Essen ausgegeben wurden, seien es jetzt nur noch 150. Mitursächlich sei auch, dass die Schule an die von ihr selbst auferlegte verpflichtende Mahlzeit nicht mehr vollumfänglich festhalte. Neben der Essensversorgung der Franziskusschule versorge die Mensa mittlerweile allerdings auch weitere Schulen und Kindergärten, so dass im Tagesdurchschnitt ca. 350 Mahlzeiten ausgeliefert würden. Unabhängig davon habe die Umstellung des Zahlungsverfahrens vom Lastschriftverfahren auf ein Geldkartensystem in Einzelfällen Bedenken hervorgerufen.

Die Verwaltung werde kurzfristig mit der Schulaufsicht und der Schule über deren selbst auferlegte Verpflichtung zur gemeinsamen Einnahme der Mittagsmahlzeit, zumindest in den Klassen 5 und 6, in der gebundenen Ganztagschule an der Franziskusschule sprechen. Eine eindeutige rechtliche Verpflichtung sei jedoch nicht möglich. Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass man sich gemeinsam mit der Schulleitung der Franziskusschule bei der diesjährigen Schulanmeldung für die Klasse 5 nochmals intensiv um eine enge Verknüpfung der Schulanmeldung und der verbindlichen Erklärung der Teilnahme an der angebotenen Mittagsmahlzeit in der Schule bemühen werde. Der Pächter der Mensa habe zudem signalisiert, ein zweites Tagesmenü als Alternative anzubieten. Schließlich hätten sich auch Schulkioske mit einer zwar jugendfreundlichen, aber aus ernährungsphysiologischer Sicht

nicht immer vorteilhaften Angebotspalette als ernsthafte konkurrierende Einrichtungen erwiesen. Hier sei eine umgehende Einwirkung erforderlich. Insgesamt müsse man alle Beteiligten ansprechen, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen.

Ratsfrau Schulte (UWG-Fraktion) bestätigt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Eltern Vorbehalte gegen die Essenskarte habe, wenngleich sie sich persönlich für diese Lösung ausgespreche und die angedachten Gespräche mit der Schule befürworte.

Alle Fraktionen im Rat unterstützen sowohl aus pädagogischer Sicht als auch aus Gründen einer gesunden und vollwertigen Ernährung die Bemühungen der Verwaltung und der Schulleitung, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler, insbesondere in den Jahrgangsstufen 5 und 6 am gemeinsamen Mittagstischangebot der Schulmensa an der Franziskussschule teilnehmen sollten. Sie empfehlen auf Grund der aktuell rückläufigen Frequentierung, in Gesprächen mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern für dieses gute Angebot zu werben. Dies soll insbesondere beim jetzt beginnenden Schulanmeldeverfahren umgesetzt werden.

14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

14.1 Behindertenpolitischer Teilhabeplan für Ahaus Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

V/2010/0078

Ratsherr Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert kurz die Hintergründe des Antrages.

Der Rat verweist den Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

14.2 Straßenbeleuchtung am Ottensteiner Weg, Unterortwick, Aa-Umflut V/2010/0082

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Für die UWG-Fraktion ergänzt Fraktionsvorsitzender Ruwe, dass nach seiner Auffassung eine Ausleuchtung des Wessumer Schulweges vordringlicher sei. Bürgermeister Büter sagt eine Aufnahme dieser Anregung bei den weiteren Planungen zur Ausgestaltung des Wessumer Schulweges zu.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Bürgermeister Büter informiert den Rat zum Abschluss der Sitzung über die Ergebnisse der in der öffentlichen Ratssitzung am 25. Juni 2009 an die Verwaltung erteilten Prüfaufträge zur Verbesserung der Breitbandversorgung:

1. *der Rat beauftragt die Verwaltung, sich bei der Deutschen Telekom AG unter Hinweis*

auf die bereits erfolgten Initiativen und den in der Bürgerversammlung in Ottenstein am 18. März 2009 gemachten Zusagen für die Aufrechterhaltung des unterbreiteten Angebotes einzusetzen und geeignete Vorschläge für eine Breitbandanbindung des Ortsteiles Graes anzufordern.

Die Verwaltung habe zeitnah nach der Ratssitzung ein Gespräch mit der Deutschen Telekom AG geführt. Im Ergebnis halte sich die Telekom an ihrem Erstangebot nicht mehr gebunden, habe aber ein kurzfristiges Nachfolgeangebot für die Ortsteile Ottenstein und Graes zugesagt. Hieran sei die Telekom mehrmals fernmündlich erinnert worden. Leider liege bis heute kein verwertbares Angebot vor. Die Telekom werde das Angebot nach heutiger Auskunft kurzfristig nachreichen.

2. *falls die Deutsche Telekom AG hierzu keine Bereitschaft zeigen sollte, beauftragt der Rat die Verwaltung, in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mit anderen Telekommunikationsunternehmen Verhandlungen über eine zeitnahe, möglichst kabelgestützte Breitbanderschließung der noch nicht versorgten Haushalte in den Ortsteilen Ottenstein und Graes aufzunehmen.*

Der Telekommunikationsmarkt sei reguliert und privatisiert worden. Tatsächlich jedoch habe die Deutsche Telekom AG auch heute noch eine sehr starke Marktstellung. Die Förderprogramme zur Förderung einer flächendeckenden Breitbandversorgung werden nach Aussage des Bürgermeisters kaum angenommen. Es gebe große Probleme, eigene Initiativen auf den Weg zu bringen, da es eine Vielzahl von Hürden gebe. Damit sei die Verwaltung fachlich wie personell überfordert. Dennoch habe man bei 4 Anbietern nachgefragt und um Abgabe eines Angebotes gebeten. Leider sei kein Angebot abgegeben worden.

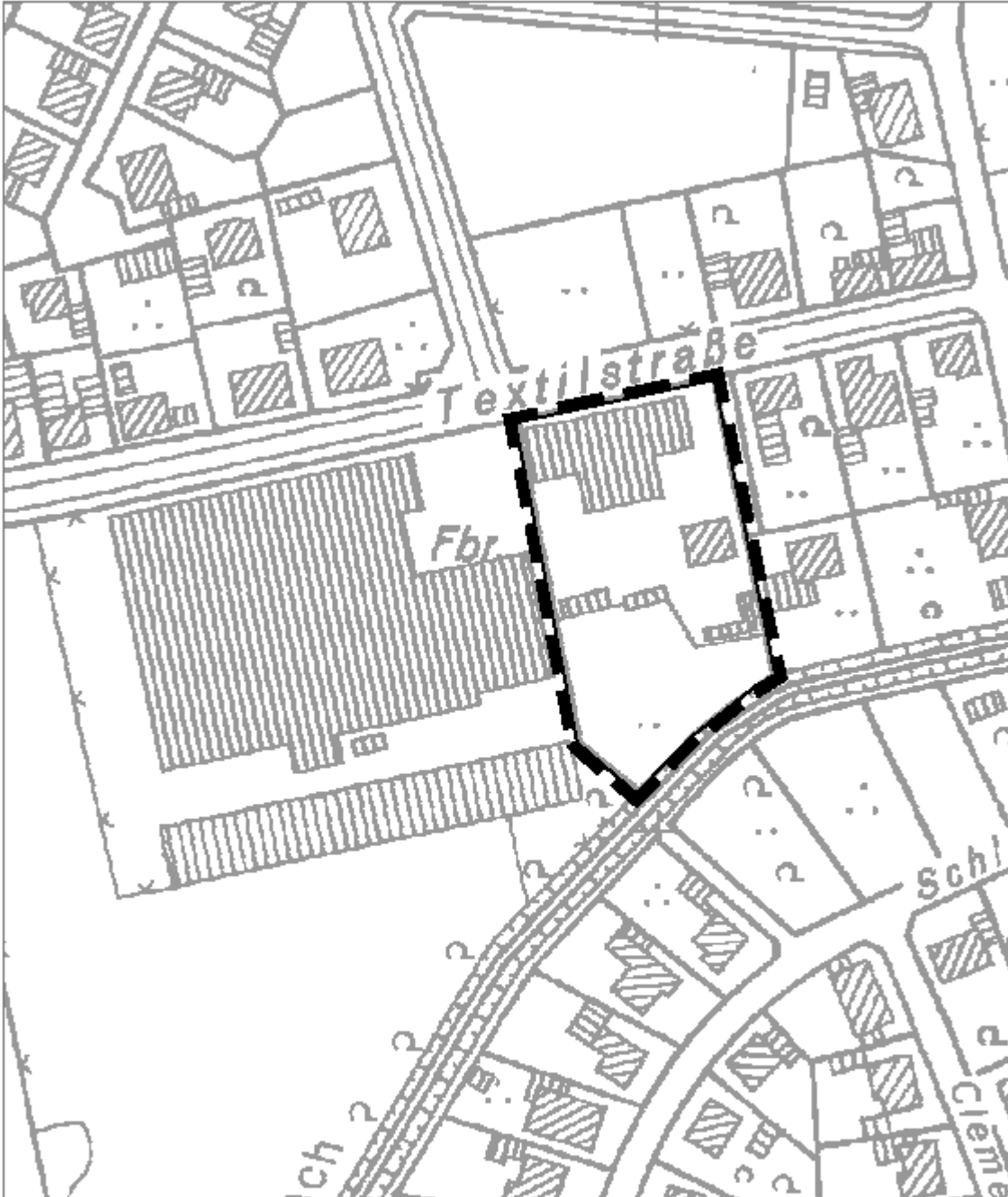
3. *der Rat beauftragt die Verwaltung, bei den zuständigen Einrichtungen des Bundes und des Landes NRW auf eine verlässliche und praxistaugliche Investitionsförderung hinzuwirken.*

In einer Informationsveranstaltung bei der Bezirksregierung Münster am 4. Dezember 2009 habe das zuständige Ministerium des Landes über die aufgrund vielfacher Kritik geänderten Förderrichtlinien informiert. Danach seien nun auch Planungsarbeiten förderfähig. Daraufhin habe die Verwaltung umgehend mit im Telekommunikationssektor erfahrenen Unternehmen Kontakt aufgenommen. Danach seien die Angebote zusammengefasst und als Förderantrag an die Bezirksregierung gerichtet worden. Die Bezirksregierung Münster verhalte sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt bei den Förderzusagen wegen möglicher Vergabeklagen noch sehr zurückhaltend.

Insgesamt sei das Ergebnis ernüchternd. Man arbeite jedoch weithin intensiv an diesem Thema. Darüber hinaus gebe es intensive Bemühungen mit dem Kreis, alle Städte und Gemeinden im Kreisgebiet an das Breitbandnetz anzubinden.

gez. **Felix Büter**
(Vorsitzender)

gez. **Werner Leuker**
(Schriftführer)



Planzeichenerklärung:

----- Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs

Übersichtsplan

Vorhaben:	Veränderungssperre Nr. 24 - Textilstraße-
Verfahrensstand:	Satzungsbeschluss
Maßstab:	unmaßstäblich